

Umkämpfte Grenzziehungen: die gesellschaftliche Reichweite der Demokratie

Joachim Becker¹

Liberaler Demokratietheorien weisen für die bürgerliche Gesellschaft spezifische Grenzen auf. Diese beziehen sich einerseits auf den Personenkreis, der für demokratiefähig gehalten wird, andererseits auf die demokratisierungsfähigen Bereiche (sh. Bobbio 1988). Bis in das 20. Jahrhundert wollten viele Liberale die Wahlberechtigung an das Eigentum knüpfen. Dies schloß einerseits viele Lohnabhängige, andererseits zunächst auch die nur als eingeschränkt geschäftsfähig erklärten Frauen vom Wahlrecht aus. Diese grobe Ausschließung ist nach vielen Kämpfen inzwischen meist gefallen, doch die liberale Skepsis gegen die Beteiligung subalternen Gruppen an Entscheidungsprozessen ist geblieben und jüngst vielfach eher wieder politikmächtig geworden. Als noch härter hat sich die Grenzziehung der Bereiche erwiesen, die für die Demokratie als Tabu gelten. Gegen die Schaffung parlamentarisch sanktionierter Regeln gegen – in die Privatsphäre abgeschobenen – patriarchalisch-familiäre Gewaltverhältnisse haben sich vor allem konservative Kräfte gewandt, liberale waren in diesen Fragen für die feministische Kritik etwas aufgeschlossener. Für Liberale ist eine andere Privatsphäre der bürgerlichen Gesellschaft entscheidender. Die Autonomie unternehmerischer Entscheidungen über Investitionen und Arbeitskräfteeinsatz wird von ihnen in der Regel nicht problematisiert, sondern als Grenze der Demokratisierung bekräftigt. Auch staatliche Sektoren, welche, wie die Geldpolitik, als besonders zentral gelten, werden vielfach selbst rudimentären Form demokratischer Kontrolle entzogen. Diese Form der Privation – des Entziehens von – öffentlicher Kontrolle hat in den letzten beiden Jahrzehnten wieder zugenommen. Bestimmte Bereiche sind damit zwar staatlich, aber nicht wirklich eine *res publica*, eine öffentliche Sache, denn sie sind nicht mehr Gegenstand der öffentlichen Diskussion, Kontrolle oder gar Mitentscheidung. Diese Grenzen der liberalen Demokratie sind durchaus über politische Konflikte verschiebbar, der kaum antastbare nicht-demokratische Kernbereich ist die private Verfügung über Investitionen und Arbeitskraft. Auch in avancierten liberalen Ansätzen wird der Einfluss sozialer Ungleichheiten bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften auf demokratische Prozesse kaum thematisiert.

Dies sind Punkte, die eher von marxistischen Diskussion aufgegriffen werden. Doch nicht alle marxistischen Ansätze sind gleich geeignet, um die Frage der Demokratie zu diskutieren. Dies gilt eher für dialektisch-herrschaftskritische Ansätze als für positivistisch-geschichtsdeterministische Ansätze.

Der Marx'sche Anfang

Im Werk von Marx selbst lassen sich Ansatzpunkte für beide Ansätze finden. In seinem berühmten Vorwort zur »Kritik der Politischen Ökonomie« schreibt Marx (1987: 13): »Auf einer gewissen Stufenleiter der Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. (...) Es tritt dann eine Epoche der sozialen Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der gesamte Überbau langsamer oder rascher um.« Das heisst, das ökonomisch-technische Moment steht bei der Auslösung einer sozialen Revolution eher im Vordergrund. Engels hat diese Darstellung in seiner Schrift »Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« in Richtung auf eine Geschichtsmechanik radikalisiert. Diese Denkfigur ist von Theoretikern der sozialdemokratischen zweiten Internationalen weiterentwickelt worden, in besonders paradigmatischer Form von Karl Kautsky. Dieser entwickelte eine Art progressiven Sozialdarwinismus. Ähnlich wie die bürgerlichen Positivisten setzte Kautsky Natur- und Sozialwissenschaften gleich, in beiden sind für ihn Gesetzmäßigkeiten von WissenschaftlerInnen zu erkennen. In Anlehnung an Darwins Evolutionstheorie fasste Kautsky die Abfolge unterschiedlicher Gesellschaftsformationen als sozialen Ausleseprozess auf, der quasi naturwüchsig abläuft und in den Sozialismus mündet (sh. Löwy 2000: 118 ff.). War der Sozialismus noch nicht in Reichweite gerückt, so herrscht aus dieser positivistischen Sicht die eiserne Kapitallogik vor. Aus der Sichtweise einer dominanten Kapitallogik dürfte sich auch die Anpassung vieler sozialdemokratischer Theoretiker an den dominanten liberalen wirtschaftspolitischen Diskurs während der großen Depression der Zwischenkriegszeit erklären. Weniger fatalistisch war die sozialdemokratische Praxis über Jahrzehnte in der Wahlrechtsfrage, vielmehr war die Sozialdemokratie eine wichtige Kämpferin für die Etablierung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Doch auch die Ausweitung des Wahlrechts könnte als Teil eines quasi-natürlichen Hereinwachsens in den Sozialismus verstanden werden. Bei einer derart geschichtsdeterministischen Sicht sind politische Prozesse völlig nachrangig. Es gilt eigentlich nur die Gesetze des historischen Wandels korrekt zu erfassen und danach zu handeln. Für eine ergebnisoffene Demokratie ist da kein Platz mehr (sh. Guimarães 1999: 254 f.). Vielleicht ist so auch zu erklären, dass marxistische SozialdemokratInnen trotz ihres realen Engagements für die Ausweitung des Wahlrechts und zuweilen auch für die Beteiligung der Arbeiterschaft an Entscheidungsprozessen recht wenig theoretisches Interesse an der Frage der Demokratisierung gezeigt haben. Leicht gewendet findet sich ein derartiges geschichtsdeterministisches Denken auch später bei den Theoretikern der stalinisierten Dritten Internationale.

In den »Grundrissen zur Kritik der Politischen Ökonomie«, aber auch im »Kapital« finden sich hingegen Formulierungen zu gesellschaftlichen Veränderungen, aus denen sich ein derartiger Geschichtsdeterminismus nicht ableiten lässt. Hier ist die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse an die Existenz spezifischer sozio-ökonomischer Bedingungen gebunden, die erst durch den spezifischen Charakter vorkapitalistischer Gesellschaftsformationen, dem Feudalismus,

und den Versuchen, die spätf feudale Krise zu bewältigen, geschaffen wurden (Bekker 2001: 29). Der Kapitalismus zeichnet sich im Gegensatz zu vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen dadurch aus, dass das Mehrprodukt nicht mehr durch unmittelbare politische Gewalt abgepresst wird. Vielmehr schafft und gewährleistet der Staat als separate Organisation den Zwang zur Lohnarbeit und die Bedingungen zur privaten Aneignung des Mehrwerts. Gleichzeitig prozessiert er die mit Klassegegensätzen und Konkurrenz verbundenen Widersprüche und stellt sich dabei als über der Gesellschaft stehende Kraft (Engels 1973b: 190 f.), als Ausdruck »illusorische(r) Gemeinschaftlichkeit« (Marx/Engels 1958: 33) dar. Eine Veränderung der Staatlichkeit in Richtung Demokratisierung ist dabei für Marx und Engels implizit nicht ausgeschlossen, würde aber an die Grenzen der Autonomie der privaten Verfügung über Mehrwert und Arbeitskraft stoßen. In der »Deutschen Ideologie« (1958: 70 ff., 34) betonen Marx und Engels, dass eine wirkliche Emanzipation erst durch eine Überwindung des Kapitalismus möglich sei und hierbei dem politischen Moment eine Schlüsselrolle zukomme. In einer nach-kapitalistischen Gesellschaft würde sich eine neue Form des Politischen herausbilden, die sie sich als freie Gemeinschaftlichkeit vorstellen (ibid. 74).

Nach der Oktoberrevolution: das unterdrückte emanzipatorische Erbe

Lenin hing lange Zeit der geschichtsdeterministischen Sicht der Zweiten Internationalen an, löste sich dann jedoch theoretisch wie praktisch von dieser Sichtweise. Die russische Revolution erfolgte unter Bedingungen eher schwach entwickelter Produktivkräfte und noch stark vorkapitalistisch geprägter Produktionsverhältnisse. Der von den Bolschewiki ererbte Staat zeichnete sich durch das Fehlen bürgerlich-demokratischer Traditionen aus. Unter Bedingungen starken anti-revolutionären Drucks von außen und innen war er zentrales Instrument bei der Durchsetzung anderer Produktionsverhältnisse. In den 20er Jahren wurde das Spannungsverhältnis zwischen einer ausgeprägten Staatlichkeit in der Transformationsphase und der Überwindung der repressiven Staatlichkeit in einer sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion durchaus noch thematisiert. So insistierte der bekannte sowjetische Rechtstheoretiker Eugen Paschukanis (1970: 34 ff.) darauf, dass mit dem Verschwinden der Ware auch deren Gegenstück, das Recht, als Ausdruck formeller Äquivalenzbeziehungen zwischen Warenbesitzern verschwinden würde. In der Übergangsperiode würden abstrakte Regeln allmählich durch andere Formen der gesellschaftlichen Regulierung ersetzt. Es handelt sich für ihn um eine hybride Form der Staatlichkeit, in der die Arbeiterinteressen durchaus auf Widerstände stoßen, wenn sie Geltung zu erlangen versuchen (sh. Naves 2000: Kap. 4).

Diese emanzipatorischen Impulse und Gedanken wurden in der Sowjetunion zunehmend unterdrückt. Paschukanis Vorstellung von einer schrittweisen Ablösung des Rechts widersprach den Vorstellungen der sich durchsetzenden stalinistischen Parteiführung, welche die Schaffung des Sozialismus als juristischen Akt der Aufhebung des Privateigentums mittels Verstaatlichung ausgeben wollte (Naves 2000: 164 f.). Damit sollte die unangenehme Frage danach, wer – nämlich die Spitze von Partei und Staatsapparat – eigentlich über die Verwendung des gesellschaftlichen Mehrproduktes entscheidet, vom Tisch gewischt werden.

Das Entscheidungsmonopol der Partei und ihrer Führung wurde nun auch »wissenschaftlich« begründet. Auch aus stalinistischer Sicht gab es eine Einheit von Natur- und Sozialwissenschaften. Beide seien parteilich. Und als avancierteste gesellschaftliche Kraft sei die Parteiführung, Anfang der 50er Jahre sogar explizit in Gestalt des KPdSU-Generalsekretärs J. Stalin, am besten in der Lage, die Natur- und Gesellschaftsgesetze zu erkennen und zu interpretieren. Auch dies ist eine – etwas verkehrte – Form des Positivismus (Löwy 2000: 167 ff.). Die Frage von Emanzipation und Demokratie stellt sich aus einer derartigen Perspektive nicht mehr.

In gesellschaftlichen Krisen wurde, speziell von intellektuellen Kreisen, gegen diese Herrschaftsideologie wiederholt auf das emanzipatorische Erbe von Marx rekurriert. Der wohl avancierteste Versuch war der »Prager Frühling«. Damals wurde auch über die Demokratisierung der Wirtschaft debattiert. Diese Debatte bezog sich jedoch weitgehend auf die Schaffung von Selbstverwaltungsorganen auf betrieblicher Ebene, nicht jedoch auf die Schaffung neuer Formen demokratisierter makroökonomischer Steuerung (Šulc 1998: Kap. 4). Eine ähnliche Akzentsetzung war bei der marxistischen Reformdiskussion im Polen des Jahres 1956 und in der oppositionellen Solidarnosc-Gewerkschaft Anfang der 80er Jahre festzustellen (Büscher et al. 1983: 246 ff.). Die weitgehende Beschränkung der Demokratisierungsdiskussion auf die betriebliche Ebene scheint zweierlei Gründe zu haben. Zum einen ist eine makroökonomische Politik ein äußerst komplexes Unterfangen, und hätte eine sozialistische makroökonomische Politik völlig neue Formen der Entscheidungsfindung und der Regulationsinstrumente bedurft. Zum anderen rührte die Demokratisierung der Wirtschaftspolitik an der zentralen Machtfrage, nämlich dem Entscheidungsmonopol der Kommunistischen Parteien (bzw. von deren Führung) über die Verwendung des gesellschaftlichen Mehrproduktes. Als die »führende Rolle« der Partei in der CSSR in Frage gestellt wurde, war für die sowjetische Führung der Rubikon überschritten und es folgte die militärische Niederschlagung des Reformprojektes (sh. Kural et al. 1993). Auch die Selbstverwaltung in Jugoslawien blieb, wie Horvat (1989: 11) unterstreicht, auf die betriebliche Ebene beschränkt und koexistierte mit dem gesamtgesellschaftlichen Monopolanspruch der Partei. Ende der 80er Jahre wurde in Polen unter veränderten internationalen Verhältnissen das Machtmonopol der Kommunistischen Partei gebrochen. Es folgte die schrittweise Etablierung einer bürgerlich-liberalen Demokratie. Doch in dieser war kein Platz mehr für die Vorstellungen der Solidarnosc von einer betrieblichen ArbeiterInnenselbstverwaltung. War in Gesellschaften sowjetischen Typs, in denen über die Verwendung des Mehrproduktes politisch entschieden wurde, das politische Machtzentrum für die Demokratisierung Tabu, so ist es in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften die Firma.

Demokratie und Hegemonie

Konzeptionelle Anstöße für die Demokratisierung kapitalistischer Gesellschaften gibt es beim italienischen Marxisten Antonio Gramsci. Ausgehend vom Scheitern der linken Bewegung im Italien der ersten Jahre nach dem ersten Weltkrieg, stellte Gramsci infrage, dass das sowjetische Revolutionskonzept auf entwickelte bürgerliche Gesellschaften übertragbar sei. Vielmehr erfolge hier ein entscheidender

Teil der politischen Auseinandersetzung in der auf den Kern des Staates bezogenen Zivilgesellschaft. Damit ist der Kampf um gesellschaftliche Transformation nicht allein ein Kampf um die Übernahme der staatlichen Kommandohöhen, sondern um umfassende Hegemonie (cf. Gramsci 1971: 235 f.). Der Kampf um Hegemonie lässt sich mit der Frage der Demokratisierung verknüpfen, und Gramsci (1971: 193) hält auch eine über das liberal-parlamentarische System hinausgehende Demokratisierung in Richtung »Selbstregierung« für möglich. Deren Konturen bleiben jedoch undeutlich. Sie können sich letztlich nur aus dem Zusammenspiel von Praxis und Reflektion über die Praxis ergeben. Damit wäre aus einer gramscianischen Perspektive die Demokratisierung als ein partiell offener Prozess zu verstehen, dessen emanzipatorisches Potential in der Ermächtigung bisher subalternen Gruppen und in der Ausweitung der demokratischen Sphäre läge. Ein vorgefertigtes Demokratiemodell ist im Werk von Gramsci nicht zu finden und stände auch im Widerspruch zu seiner dialektischen Methode (Guimarães 1999: 266).

Gramsci war ein zentraler theoretischer Bezug bei der Reformulierung der politischen Strategien der eurokommunistischen Linken der 70er Jahre und später auch der lateinamerikanischen Linken. Im Fall des brasilianischen Partido dos Trabalhadores (PT) ist der Kampf um Hegemonie stellenweise auch schon mit einer Demokratisierung von Aspekten der Wirtschaftspolitik verbunden worden. Hier ist vor allem das Konzept des »Partizipativen Budget« zu nennen, das ausgehend von der südbrasilianischen Metropole Porto Alegre auch in anderen brasilianischen Städten, aber auch im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul, in der einen oder anderen Form Anwendung gefunden hat (sh. v.a. Becker 2000: 243 ff., Fedozzi 2000). Dieses hat neue Formen der demokratischen Partizipation beim Prozess der Budgeterstellung geschaffen. Sie bestehen sowohl in neuen Elementen direkter wie repräsentativer Demokratie. Es geht jedoch um mehr als nur die Abstimmung von Budgetprioritäten. Neue Bevölkerungsgruppen wurden in die Diskussion und die Erarbeitung des Budgetvoranschlags wie der Budgetkontrolle einbezogen. Damit handelt es sich um eine Form deliberativer Demokratie. Diese hat einerseits die städtische und bundesstaatliche Bürokratie gezwungen, das Budget auf eine wesentlich zugänglichere Art und Weise aufzubereiten, andererseits wichtige Lernprozesse bei AktivistInnen von Basisinitiativen in Hinblick auf Budgeterstellung und Verwaltungshandeln ermöglicht. Das Partizipative Budget ist aus der ziemlich konfliktiven Interaktion von Stadtteilinitiativen und PT-Stadterregierung entstanden, wobei die konzeptionelle Initiative bei letzterer lag. Es hat sowohl bisher benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Entscheidungsprozesse eingebunden, als auch das Feld demokratischer Entscheidungen erweitert. Damit haben sich sowohl die Gewichte in der Zivilgesellschaft als auch der lokale bzw. regionale Diskurs gewandelt. Das Partizipative Budget ist zumindest im Bundesstaat Rio Grande do Sul Kernelement eines alternativen hegemonialen Projektes. Es ist jedoch an spezifische sozio-politische Bedingungen gebunden, die bereits eine simple Übertragung auf andere Regionen Brasiliens unmöglich machen. Auch diese verdeutlicht noch einmal, dass es keine einfach übertragbare Demokratisierungsmodelle gibt.

Auf abstrakter Ebene lassen sich als Kernelemente emanzipatorischer Demokratisierungsprojekte die Stärkung bislang subalternen Bevölkerungsgruppen in

politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen und die Ausweitung der Demokratisierung in Richtung auf die Machtkernc der jeweiligen Gesellschaftsformation ausmachen. »Es muss«, so der kürzlich verstorbene tschecho-slowakische Marxist Eduard Goldstücker (2001); » etwas Neues kommen. Und etwas Neues muss sich aus einer historischen Entwicklung der Gesellschaft entwickeln, nicht als gedankliches Produkt eines klugen Kopfs.« Die Reflektion über die Demokratisierung muss die von Eduard Goldstücker eingeforderte neue gesellschaftliche Praxis in dialektischer Weise ergänzen, sonst wäre die demokratische Praxis etwas »kopflös«. Im Sinne Gramscis geht es um eine »Philosophie der Praxis«.

Anmerkung

- 1 Ich danke Andreas Novy, Reinhard Pirker, Christa Schlager und Martin Schürz für ihre Kommentare zu früheren Fassungen des Artikels.

Literatur

- Becker, J. (2000): Gegen den Strom. Alternative Kommunalpolitik im Cono Sur. In: Raza, W.G. (Hg.): Recht auf Umwelt oder Umwelt ohne Recht? Auswirkungen des neoliberalen Modells auf Umwelt und Gesellschaft in Lateinamerika. Frankfurt/Wien, S. 228–253
- Becker, J. (2001): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Wien (WU Wien, unveröff. Habilitationsschrift)
- Bobbio, N. (1988): Die Zukunft der Demokratie. Berlin
- Büscher, B. et al. (Hg., 1983): Solidarnosc. Die polnische Gewerkschaft »Solidarität« in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen. Köln
- Engels, F. (1973a, 19. Aufl.): Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Berlin
- Engels, F. (1973b, 17. Aufl.): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Berlin
- Fedozzi, L. (2000): O poder da aldeia. Gênese e historia do Orçamento Participativo de Porto Alegre. Porto Alegre
- Goldstücker, E. (2001): »Offenen Auges in die Katastrophe...« Gespräch mit Eduard Goldstücker. In: Ost-West-Gegeninformationen, 13(2), S. 34–38
- Guimarães, J. (1999): Democracia e Marxismo: crítica à razão liberal. São Paulo
- Gramsci, A. (1971): Selections from Prison Notebooks. London
- Horvat, B. (1989): abc jugoslavenskog socijalizma. Zagreb
- Kural, V. et al. (1993): Československo roku 1968. 1. Díl: obrodný proces. Prag
- Löwy, M. (2000, 7. Aufl.): As aventuras de Karl Marx contra o Barão de Münchhausen. Marxismo e positivismo na sociologia de conhecimento. São Paulo
- Marx, K. (1987, 11. Aufl.): Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin
- Marx, K./Engels, F. (1958): Die Deutsche Ideologie. MEW 3. Berlin
- Naves, M.B. (2000): Marxismo e direito: um estudo sobre Pachukanis. São Paulo
- Paschukanis, E. (1970, 3. Aufl.): Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe. Frankfurt/M.
- Šulc, Z. (1998): Stručné dejiny ekonomických reformem v Československo (v České republice) 1945–1995. Brno